

# Kollisionen durch extraterritoriale staatliche Regelungen im internationalen Wirtschaftsrecht

Eine Untersuchung zu jüngsten Entwicklungen  
auf den Gebieten des Exportkontrollrechts  
und des Kartellrechts

von

Dr. ALEXANDER GEORGIEFF  
Düsseldorf

B 47 656



Juristische Gesamtbibliothek  
der Technischen Hochschule  
Darmstadt

1989

CARL HEYMANN'S VERLAG KG  
Köln · Berlin · Bonn · München

# Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	1
I. Die territoriale Struktur der Staatenordnung im Konflikt mit der Transterritorialität der Weltwirtschaft	1
II. Im Mittelpunkt: Die transatlantische Auseinandersetzung über die zulässige Reichweite des US-amerikanischen Wirtschaftsrechts	2
B. Exportkontrollrecht: Extraterritoriale Ausübung als Mittel der Außen- wirtschaftspolitik – Der Fall der sowjetischen Erdgaspipeline 1981/82	7
I. Der Sachverhalt	8
1. Der geschichtliche Hintergrund	8
2. Die Anordnung von Exportbeschränkungen	9
a) Die Verordnung vom 30. Dezember 1981	9
b) Die Verordnung vom 22. Juni 1982	11
II. Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen US-amerikanischer Exportrestriktionen	13
1. Historische Entwicklung	13
2. Gesetzliche Grundlagen	14
a) Der Trading with the Enemy Act von 1917	15
b) Der International Emergency Economic Powers Act von 1977	16
c) Der Export Administration Act von 1979	16
aa) Genehmigungsarten	18
bb) Strafvorschriften	19
3. Internationale Zusammenarbeit im Rahmen von CoCom (Consultative Group Coordinating Committee)	19
III. Die Völkerrechtlichen Grundlagen staatlicher Jurisdiktion	20
1. Der zulässige Geltungsbereich staatlicher Jurisdiktion (»jurisdiction to enforce«)	21
2. Der zulässige Anordnungsbereich staatlicher Jurisdiktion (»jurisdiction to prescribe«)	21
a) Der dogmatische Ausgangspunkt	21
b) Die völkerrechtlichen Schranken staatlicher Jurisdiktion	23
c) Die Kritik an der Übertragung der völkerrechtlichen Grundsätze des internationalen Strafrechts auf andere Sachbereiche	24
IV. Die völkerrechtliche Beurteilung der extraterritorialen Erstreckung des amerikanischen Embargos der sowjetischen Erdgaspipeline	25
1. Kein Verstoß gegen das Verbot der Vollstreckung inländischer Hoheitsakte im Ausland	26
2. Die extraterritoriale Erstreckung der Anordnungshoheit der Vereinigten Staaten durch Erlaß der Verordnung vom 22. Juni 1982	27
a) Das Territorialitätsprinzip	27

b) Das Schutzprinzip	28
c) Das Wirkungsprinzip	29
d) Das allgemeine Personalitätsprinzip	30
aa) Anwendbarkeit des allgemeinen Personalitätsprinzips auf Unternehmen unter der Kontrolle US-amerikanischer natürlicher oder juristischer Personen	31
bb) Anwendbarkeit des allgemeinen Personalitätsprinzips auf Güter, gewerbliche Schutzrechte und technisches Know-how	34
e) Vertragliche Unterwerfungsklauseln	36
f) Zwischenergebnis und Folgerungen	39
C. Kartellrecht: Extraterritoriale Anwendung als Mittel der Wettbewerbspolitik. Die Grundlagen der Extraterritorialitätsproblematik im internationalen Kartellrecht	45
I. Die Anknüpfung an Inlandswirkungen nach dem sogenannten Wirkungsprinzip (»effects doctrine«)	46
1. Die Vereinbarkeit des Wirkungsprinzips mit dem Grundsatz der sinnvollen Anknüpfung	47
2. Das Wirkungsprinzip in der internationalkartellrechtlichen Praxis	48
a) In den Vereinigten Staaten von Amerika	49
aa) Zur Entstehungsgeschichte der US-Antitrustgesetze	49
bb) Die American Banana-Doktrin	50
cc) Die ALCOA-Entscheidung	51
dd) Das Wirkungsprinzip in der US-amerikanischen Literatur	52
ee) Die inhaltliche Ausgestaltung des Wirkungsprinzips in der jüngeren US-amerikanischen Rechtsprechung zum internationalen Kartellrecht	53
b) In der Bundesrepublik Deutschland	54
3. Staatenproteste gegen die Anwendung des Wirkungsprinzips – das Problem der »persistent objection«	57
4. Zusammenfassung	58
II. Der weitverbreitete Erlaß sogenannter »blocking statutes«	59
1. Gründe für den weitverbreiteten Erlaß der »blocking statutes«	60
a) Das Problem der »treble damages« im US-Antitrustrecht	60
b) Die extraterritoriale Erstreckung von Beweisanordnungen amerikanischer Gerichte im Rahmen der »pre-trial discovery«	60
c) Die Unvereinbarkeit der Anordnungspraxis US-amerikanischer Gerichte mit Sinn und Zweck des Haager Beweisaufnahmeübereinkommens	61
2. Überblick über die historische Entwicklung der Abwehrgesetzgebung	63
3. Auswertung	68
D. Die Aufgabe: Die Entwicklung konsensfähiger Mechanismen zur Lösung von Konflikten aus der kollidierenden Inanspruchnahme staatlicher Regelungszuständigkeiten	71
I. Die Grenzen der Jurisdiktionsausübung bei der Überschneidung staatlicher Regelungszuständigkeiten im Kartellrecht	73
1. Das Fehlen exklusiver staatlicher Regelungszuständigkeiten	73

2. Vorrang der Anknüpfung an das Territorialitätsprinzip? – Die »foreign governmental compulsion defense« in der Praxis der Rechtsprechungs- und Verwaltungsorgane der Vereinigten Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	73
a) In den Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	74
aa) Definition . . . . .	74
bb) Die dogmatischen Grundlagen der »compulsion defense« . . . . .	74
cc) Die normative Ausfüllung des Merkmales »hoheitlicher Zwang« durch die U. S. Rechtsprechung . . . . .	76
b) In den Europäischen Gemeinschaften . . . . .	78
aa) Die »Kugellager«-Entscheidung der EG-Kommission . . . . .	79
bb) Die »Zuckerkartell«-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (»Suiker Unie und andere ./ . Kommission«) . . . . .	79
c) In der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	80
d) Exkurs: »Governmental compulsion« als Antwort auf die extraterritoriale Erstreckung des US-amerikanischen Exportkontrollrechts – Die Anordnungen der britischen und der französischen Regierung während der Pipeline-Auseinandersetzung . . . . .	80
e) Zwischenergebnis . . . . .	81
3. Die Abwägung der kollidierenden staatlichen Regelungsinteressen . . . . .	82
a) In den Vereinigten Staaten von Amerika . . . . .	82
aa) Brewsters »Jurisdictional Rule of Reason« . . . . .	83
bb) § 40 des Restatement of Foreign Relations Law . . . . .	83
cc) »US v. First National City Bank« . . . . .	84
dd) Die Timberlane-Entscheidung . . . . .	84
ee) Die Timberlane-Entscheidung im Spiegel der ihr nachfolgenden Rechtsprechung und Literatur . . . . .	86
ff) Der Laker-Fall . . . . .	74
gg) Die Rechtslage in den U. S. A. nach »Laker« . . . . .	95
b) In der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	99
aa) Der Vorrang des Völkerrechts im Recht der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	100
bb) Die Bedeutung von Meessens Lehre auf die weitere Rechtsentwicklung . . . . .	101
cc) Die »Bayer/Firestone«-Entscheidung des Berliner Kammergerichts (»Synthetischer Kautschuk«) . . . . .	102
dd) Der Zigarettenfall (»Morris/Rothmans«) . . . . .	103
ee) Zwischenergebnis . . . . .	107
c) In der Praxis der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	107
II. Rechtfertigt die vorhandene Staatenpraxis bereits die Annahme einer völkerrechtlichen Pflicht, die extraterritoriale Regelung kartellrechtlicher Sachverhalte von einer Abwägung der von einer solchen Regelung betroffenen Interessen eines anderen Staates abhängig zu machen? . . . . .	109
1. Zur Bildung von Völkergewohnheitsrecht . . . . .	109
a) Das Vorliegen staatlicher Übung . . . . .	110
b) Die Überzeugung, einer Rechtspflicht zu entsprechen (»opinio iuris vel necessitatis«) . . . . .	111
2. Die Abwägungspraxis US-amerikanischer Gerichte im Lichte der für die Annahme einer völkerrechtlichen Regel erforderlichen »opinio iuris« –	

»Comity« als dogmatische Grundlage des »balancing test« . . . . .	111
3. Zwischenergebnis . . . . .	115
<i>E. Ergebnis und Folgerungen</i> . . . . .	117
I. Die Erstarkung der US-amerikanischen Entscheidungspraxis zu staatlichen, von einer opinio iuris getragenen Akten der Judikative . . . . .	118
II. Die Fortentwicklung der allgemeinen Rechtsgrundsätze und ihr Einfluß auf die Konsolidierung einer opinio iuris . . . . .	120